

## NEWSLETTER

### “SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Repräsentativ von Switzerland Global Enterprise und SEC

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

Herausgabe alle 14 Tage seit 1998

[www.swissbalticchamber.com](http://www.swissbalticchamber.com), e-mail: [swisschamber@sbcc.ee](mailto:swisschamber@sbcc.ee)

Gonsiori 34, EE-10128 Tallinn, Estland

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

6 Seiten Datum: 14.03.2014

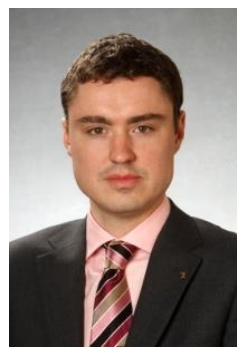
## ESTLAND

### Siim Kallas verzichtet auf Regierungsbildung und verschwindet wieder nach Brüssel



Der bisherige Premierministerkandidat der liberalen Reformpartei und heutiger EU Kommissar **Siim Kallas** teilte am Mittwoch mit, dass er auf den angestrebten Posten verzichtet. „Die Gründe liegen darin, dass die gegen mich gerichtete **Klapperjagd** nie endet. Ich habe auf die Regierungsbildung verzichtet. Ich bin nicht derjenige, der die neue Regierung bildet,“ sagte Kallas. Kallas ist der Ansicht, dass ein Premierminister und Parteivorsitzender nicht

arbeiten könne, wenn er und seine Assistenten dauernd Erklärungen zu alten Taten geben müssen. „Wenn das gewollt ist, so kann man ständig alte Themen wieder aufgreifen und ich sehe, dass dieser Wille existiert. Es wird wiederum ein Artikel über Dingen geschrieben, die bereits erschienen sind und es werden Zusammenhänge zwischen Sachen geschaffen, zwischen denen keine Zusammenhänge bestehen. Nun muss man brav sein und 20 Jahre alte Finanzangelegenheiten erklären. Obwohl du sagst, dass keine Gelder überwiesen wurden und die Bilanz stimmt und niemand hat etwas verloren, sehen Leute es nicht ein.“ Kallas sagte weiter, dass das eine Belastung sowohl für die Regierung, die Partei und die Koalitionspartner wäre, was der neue Premierminister nicht in die neue Regierung mitnehmen sollte. Nach langem Nachdenken und Diskussionen mit der Familie hätte er beschlossen seine Arbeit in der EU-Kommission fortzusetzen. „Die Reformpartei ist heute in neue Verhandlungen getreten und die neue Regierung wird von einer anderen und guten Person geleitet,“ meinte Kallas. Er hielt es für Wahrscheinlich, dass es zu einer Vereinbarung mit der sozialdemokratischen Partei gelangt wird. „Ich denke, wir haben viel gearbeitet und glaube, dass dieses Abkommen kommt,“ sagte Kallas.



Kallas wird vorgeworfen 1994 als Präsident der Estnischen Nationalbank Bankgarantien in der Höhe von 100 Mio. USD unterschrieben zu haben. Letzten Informationen zufolge ist Kallas am Mittwoch, nach der Bekanntgabe seiner Entscheidung aus Tallinn wieder nach Brüssel zurückgeflogen.

Bereits am Mittwoch Abend berichteten estnische Medien, dass der bisherige Sozialminister **Taavi Rõivas** der neue Premierministerkandidat der Reformisten ist. Rõivas gehört zu der jüngeren, aus der Jugendorganisation der Reformpartei herangewachsenen Generation, die es geschafft haben, während der letzten zehn Jahre ins Parlament und die

Regierung aufzusteigen.

**Mihkel Solvak**, Wissenschaftler am Institut für Staatswissenschaften der Universität Tartu schrieb am Donnerstag in der Zeitung Postimees, dass in Estland bereits eine Regierungskrise

herrsche, indem zwischen der noch bestehen regierenden Koalitionspartnern Streit herrsche. Solvak ist der Ansicht, dass die Reformpartei mit ihren Manövern Präsident **Toomas Hendrik Ilves** in eine komplizierte Lage versetzt habe und das Staatsoberhaupt heute keine guten Vorschläge für die Lösung dieser Krise anzubieten hätte. Die Reformpartei sei davon ausgegangen, dass sie mit dem Wechsel des Premierministers mit voller Unterstützung einer bisherigen Oppositionspartei (*Sozialdemokraten*) rechnen könne, was sich als falsch erwies. Heute sind die Chancen der Reformpartei, die im nächsten Jahr bevorstehenden Parlamentswahlen zu gewinnen, unwahrscheinlich.

Am Donnerstag, nur einen Tag nach der Rede von Siim Kallas, sprachen die Sozialdemokraten immer lauter darüber, dass Präsident Ilves ihre Partei mit der Bildung der neuen Regierung beauftragen sollte. Der ehemalige Finanzminister und heutiger Europaabgeordneter **Ivari Padar** ging sogar so weit, dass er Taavi Rõivas als einen unbekanntem Typen bezeichnete, wovon er nichts erwarten könne. Der frühere Übergangs-Premierminister **Andres Tarand** sagte, dass Rõivas nicht die nötigen Erfahrungen mitbringe sodass die Reformpartei heute keine starken Argumente mehr hätte, die sie zur Geltung bringen könne. In der entstandenen Situation sollten die Sozialdemokraten ihre Positionen deutlicher zum Ausdruck bringen, meinte Tarand.

### **Aktuelle Gehaltsstatistiken Estland**

Die Gehälter in Estland sind zumindest nach offiziellen Statistiken in den letzten Jahren ständig gestiegen. Gegen Jahresende hat das Brutto Durchschnittseinkommen die 1000 EUR Grenze überschritten und betrug im Dezember 2013 1028 EUR/monatlich. Die am 28. Februar von der Statistischen Behörde veröffentlichten Informationen beruhen auf realen Zahlen aus 11592 Unternehmen, Institutionen und Organisationen. Der Trend zeigt einen steigenden Kurs – das Bruttodurchschnittsgehalt lag im Oktober und November bei jeweils 962 und 968 EUR. Im Vergleich zu 2012 ist das Durchschnittsgehalt im letzten Jahr um 7,6% gestiegen, Real um 6%.

Offizielle Statistiken widerspiegeln allerdings nicht immer die im Lande herrschenden wirkliche Verhältnisse. Laut der ebenfalls von der Statistischen Behörde im Dezember 2013 veröffentlichten Zahlen leben 18,7% der Esten in relativer und 7,3% in absoluter Armut. Die Grenze von relativer Armut lag bei 329.- EUR. In absoluter Armut lebten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen unter 196.- EUR lag. Am höchsten ist die relative Armut in den östlichen Bezirken des Landes, wo sie teilweise bis zu 40% beträgt.

Parallel zu gestiegenen Einkommen stieg im letzten Jahr auch die Kluft zwischen der ärmeren und wohlhabenderen Bevölkerungsschicht.

## **LETTLAND**

### **Öffnung des Strommarktes bringt Lettlands Rentner auf Strassen**



Die lettische Regierung beschliesst am letzten Montag die Öffnung des lettischen Strommarktes für Privathaushalte auf Januar 2015 zu verschieben. Der Premierminister begründete die Entscheidung damit, dass er sagte, die Regierung habe keinen passenden Mechanismus zur Kompensierung der durch die Öffnung des Strommarktes verursachten Teuerung wonach Strompreise gefunden wurden, wovon vor allem ärmere Bevölkerungsgruppen, wie etwa Rentner betroffen sind. Sozialminister **Uldis Augulis** sagte, dass diese Entscheidung Zeit für bessere Vorbereitung zur Marktöffnung biete.

Trotz der Entscheidung über die Verlegung der Marktöffnung plant der Verband der Rentner Lettlands landesweite Demonstrationen. Lettische Rentner sind der Meinung, dass einige Parlamentsbeschlüsse, darunter auch die Absicht den Strommarkt zu öffnen, ihren

Lebensstandard erheblich verschlechtern würde und Rentner in die Armut treibt. Die ersten Demos sollen schon am 13. März stattfinden, weitere sind auf September und Oktober geplant. Parlamentspräsidentin **Solvita Aboltina** rief die Öffentlichkeit auf, in der heutigen spannenden Zeit keine öffentlichen Versammlungen oder Demonstrationen zu veranstalten, die Anlass für mögliche Provokationen geben könnten. Angesichts der Entwicklungen in der Ukraine sollte alles getan werden um politische Stabilität zu sichern.

Am Donnerstag unterstützte auch das lettische Parlament mit einer Stimmenmehrheit von 59 Parlamentariern auf der ersten Lesung Gesetzesänderungen, die die endgültige Öffnung des Strommarktes auf Anfang des nächsten Jahres verlegen. Die Änderungen des Gesetzes über den Strommarkt kommen am 20. März zur zweiten Lesung. Laut Schätzungen des lettischen Wirtschaftsministeriums verliert das Staatsbudget durch die Verschiebung der ursprünglich auf den 1. April geplanten Liberalisierung des Strommarktes im Jahr 7,6 bis 40 Mio. EUR. 850 000 Privathaushalte konsumieren 25% des lettischen Stromes.

### **Lettlands Reformpartei wird keine eigene Liste zur Europawahl aufstellen**

Auf einer am 7. März stattgefundenen Vorstandsversammlung der Lettischen Reformpartei wurde beschlossen, dass die Partei keine Kandidaten für die bevorstehende Europawahl aufstellen wird. „Wir wollen die Front der Rechtsparteien nicht weiter zersplittern und die Wähler mit widersprüchlichen Signalen über den Zusammenschluss der Reformpartei und der Einheitspartei während der Vorbereitung für die Parlamentswahlen verführen“, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der Reformisten, **Sandra Sondore-Kukule**. Die Partei hat früher angedeutet, Ex-Wirtschaftsminister **Daniels Pavļuts** und Parlamentsvizepräsident **Vilnis Kīrisis** für die Europawahl zu nominieren. Das Nachrichtenportal BNN hat berichtet, dass die **Einheitspartei** neben anderen Politikern auch die Kandidatur von Ex-Premierminister **Valdis Dombrovskis**, **Sandra Kalniete** und **Artis Pabriks** aufstellen werde. Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden am 24. Mai statt.

### **Lettland befürchtet Folgen der Sanktionen gegen Russland**



Lettlands Wirtschaftsminister **Vjačeslavs Dombrovskis** sagte am Donnerstag in einem Interview im lettischen Fernsehen, dass Lettland durch die gegen Russland gerichteten Sanktionen der EU mehr als jedes andere EU Land leiden würde. Russland ist der zweitwichtigste Handelspartner Lettlands, Sanktionen würden sich sowohl im lettischen Lebensmittel- und Energiesektor als auch im Transithandel spürbar machen. "43% unserer Exporte nach Russland bilden Lebensmittel und Erzeugnisse der Landwirtschaft. Im Bereich der Erdgaslieferungen hängen wir völlig von Russland ab. 70% des lettischen Transits kommt aus Russland," sagte Dombrovskis. Der Minister fügte hinzu, dass die Regierung bereits die Einflüsse der Sanktionen analysiert hätte, die Ergebnisse seien vertraulich.

### **Lettland für die Presse- und Meinungsfreiheit**



**Valdis Zatlers**, Vorsitzender des Parlamentarischen Ausschusses für interne Sicherheit, sagte, dass die Schliessung von einigen russischen Fernsehsendern in Lettland keine richtige Lösung wäre. Zatlers ist der Meinung, dass die Gesellschaft am besten von der Demokratie und Meinungsfreiheit geschützt sei. „Zensur ist wie ein Pfropfen, mit dem wir unseren eigenen Mund zustopfen. Wir glauben uns dadurch von falschen und unangenehmen Meinungen geschützt zu haben aber Zensur kennt keine Grenzen, sie kann auch uns selbst zensieren.“

Zatlers glaubt, dass der einzige vernünftige Weg die Popularisierung von russischen Sendern wäre, die objektivere Informationen ausstrahlen als die Kreml nahestehenden Sender. Die Nationale Allianz hat neulich den Sicherheitsrat und den Sicherheitsausschuss gebeten, nach praktischen Lösungen zu suchen um Kreml nahestehende russische TV-Sender aus der Liste der durch Lattelecom angebotenen Leistungen zu streichen. „Der informative Inhalt der durch Kreml finanzierten TV-Sender ist eine Frage der nationalen Sicherheit. Die Berichterstattung dieser Sender über die Geschehnisse in der Ukraine hat bewiesen, dass sie aussenpolitische Instrumente vom Kreml sind und keine Medienkanäle“, behauptete die Nationale Allianz.

### **Lettlands BIP um 4,1% gestiegen**

Die Statistische Behörde Lettlands liess verlauten, dass das BIP Lettlands im vergangenen Jahr um 4,1% gewachsen sei. Lettisches Bruttoinlandprodukt betrug 2013 23,3 Mrd. EUR, davon alleine im vierten Quartal 6,3 Mrd. EUR.

## **LITAUEN**

### **Russland warf Litauen Ausbildung von Extremisten vor**



Russlands Staatsoberhaupt *Vladimir Putin* behauptete nach dem Ausbruch der Krise in der Ukraine, dass an den in Kiew ereigneten Konflikten zwischen den Oppositionskräften und den ukrainischen Polizisten Kämpfer teilgenommen hätten, die ihre Ausbildung in Litauen und Polen erhalten hätten. „Schaut doch mal, wie gut ausgebildet die in Kiew gekämpften Menschen waren. Wie wir wissen, erhielten sie ihre Ausbildung in den benachbarten Ländern Polen und Litauen wie auch in den in der Ukraine befindlichen Stützpunkten,“ sagte Putin.

Litauen hat in der vergangenen Woche Russlands Vorwürfe dementiert und nannte Putin's Behauptungen als Verleumdung. „Putin's Vorwürfe gegen Litauen sind unbegründet und ihr Ziel ist Aggression in der Ukraine zu rechtfertigen und Hass gegen die in Russland lebenden Litauer zu erzeugen,“ schrieb Litauens Aussenminister *Linas Linkevičius* im Twitter. Putin's Behauptungen wurden auch von der litauischen Präsidentin *Dalia Grybauskaitė* deutlich kritisiert.

### **Deutschlands Aussenminister Steinmeier im Baltikum**



Am Dienstag weilte Deutschlands Aussenminister *Frank-Walter Steinmeier* zu Besuch in den drei baltischen Ländern. Beim Treffen mit der litauischen Präsidentin *Dalia Grybauskaitė* versprach Steinmeier den baltischen Ländern hinsichtlich der besorgniserregenden Entwicklung in der Ukraine seine Unterstützung. Litauen betonte bei dem Treffen, dass die EU mit ihrer Reaktion auf russische Aggressionen in der

Ukraine bereits zu spät komme. „Wir verstehen die Sorgen der Völker Estlands, Lettlands und Litauens wegen der zurzeit herrschenden Situation in der Ukraine und auf der Krim. Ich habe gesagt, wir werden euch nicht alleine lassen. Eure Befürchtungen sind unsere gemeinsame Sorge, eure Probleme sind auch unsere Probleme. Das sind gemeinsame Probleme von unserem Europa,“ sagte Steinmeier in Vilnius. Nach dem Treffen mit Dalia Grybauskaitė sagte Steinmeier, dass die EU die Ausscheidung der Krim von der Ukraine nicht anerkennen werde und versuchen werde, die entstandene Situation mit diplomatischen Mitteln zu lösen.

Grybauskaitė sagte, dass es sich um eine offene Okkupation eines selbständigen Landes handle und es bedürfe einer schnellen Reaktion durch Europa.

Auf der in Tallinn gehaltenen Pressekonferenz wurde Aussenminister Steinmeier gefragt, ob Deutschlands Reaktionen auf die Ukraine-Krise nicht deshalb schwach sei, weil Deutschland zu stark von dem aus dem Osten kommenden Gas und Erdöl abhängt. Steinmeier antwortete aber mit Überzeugung, dass Gas und Öl hier keine Einschränkungen darstellen. Mehrere osteuropäische Staaten seien heute in noch grösserer Abhängigkeit von der russischen Energie als Deutschland. Estlands Aussenminister *Urmas Paet* unterstrich auf der Pressekonferenz, dass die heute auf der Krim stattfindenden Ereignisse alle Staaten Europas angehen – die Frage der russischen Gemeinschaft (Minderheit) ist nicht nur in Ost-Europa aktuell, russische Gemeinschaft seien überall in Europa vertreten.

### **Litauen ist besorgt über den Einfluss der Ukraine Krise auf die litauische Wirtschaft**

Einer BNS Meldung zufolge hätte Russland grossen internationalen Spediteuren empfohlen, Litauen und den in *Klaipeda* befindlichen Hafen zu meiden. Durch den Klaipeda Hafen fliessen Warenströme, wie z.B. Lebensmittel Re-Exporte, Exporte und Importe. Der Litauische Premierminister *Algirdas Butkevicius* meinte, dass er bereits mit dem Vorsitzenden der Assoziation der Industriebetriebe Litauens über die Konsequenzen der ukrainischen Krise auf für die litauische Wirtschaft gesprochen hätte.

### **Litauische börsennotierte Unternehmen erhöhten 2013 ihre Gewinne**

24 von insgesamt 33 auf der *Vilnius Börse* notierten litauischen Firmen erzielten im letzten Jahr Profite. Die Gesamtsumme der Gewinne der litauischen Börsenunternehmen betrug 832,2 Mio. Litas (241 Mio EUR), das sind 19% mehr als vor einem Jahr. Im Jahre 2012 waren 25 Börsenunternehmen profitabel. Die Gesamtsumme der mit Verlusten arbeitenden Firmen betrug 2013 72,7 Mio. Litas (21 Mio EUR), was 32% weniger sind als 2012. Der Gesamtumsatz aller litauischen Börsenunternehmen wuchs im Jahresvergleich um 2% und lag 2013 bei 13,85 Mrd. Litas (4,01 Mrd EUR).

### **IMF Mission lobt die Bereitschaft Litauens zur Einführung des Euro**



Der Internationale Währungsfond ist der Ansicht, dass sich Litauen auf dem richtigen Weg befindet um seine gesetzten Ziele, die Einführung des Euro, zu erreichen. Der IWF empfiehlt der litauischen Regierung jedoch Reserven für die Notzeit zu sammeln. "Wir haben uns die strengen Annahmekriterien sehr gründlich angeschaut. Die endgültige Entscheidung wird nicht von uns getroffen, sondern von der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank. So wie wir es sehen, scheint alles auf dem richtigen Weg zu sein und wir sehen keine Probleme," sagte *Christoph Klingen, Chef der IWF Mission* nach dem Treffen mit Litauens Premierminister *Algirdas Butkevicius* am Montag in Vilnius. Klingen fügte hinzu, dass das Ziel des IWF sei, Litauen bei der Aufrechterhaltung einer nachhaltigen Wirtschaft nach der Einführung der Gemeinschaftswährung zu helfen. „Wir werden uns mehr darauf fokussieren, was Litauen als Euroland machen wird um eine Erfolgsgeschichte zu bleiben. Wir haben Länder in der Eurozone gesehen, die in Schwierigkeiten geraten sind, was wir Litauen natürlich nicht wünschen," sagte Klingen. Litauen plant 2015 den Euro einzuführen.

### **Litauens Automobilmarkt zeigt gutes Wachstum**

In den ersten zwei Monaten 2014 wurden in Litauen insgesamt 2522 neue PKW-s zugelassen. Das sind 21% mehr als vor einem Jahr. Alleine im Februar ist die Zahl der Neuzulassungen um 30% gestiegen. Fiat ist mit 209 Einheiten der Marktführer in Litauen. Es folgen Volkswagen mit 193 und Toyota mit 135 Autos.